

ben. Also Herr Oldenburg vom BIOst in Köln, ein vorzüglicher Sachkenner, der zu diesem Thema vieles publiziert hat. Der zweite wäre dann Herr Gasteyer, sicherlich auch in diesem Kreise schon durch seine Tätigkeit und seine zahlreichen Publikationen auf diesem Gebiete bekannt. Schließlich rechts von mir Herr Bingen, der auch im BIOst tätig ist und seit Jahren als vorzüglicher Sachkenner der polnischen Politik und der deutsch-polnischen Beziehungen sehr bekannt ist. Lieber Herr Oldenburg, bitte schön.

Dipl.-Pol. Fred Oldenburg: Danke schön, Herr Vorsitzender. Ich danke wie alle anderen ebenfalls für die Ehre, hier sprechen zu dürfen. Ich knüpfe an das an, was Professor Schöllgen vorhin schon ausgeführt hat. Der Handlungsspielraum sowjetischer Deutschlandpolitik in der Vereinigungsphase des Jahres 1990 wurde von vier Rahmenbedingungen konstituiert: 1. vom internationalen System; 2. von der sich wandelnden Perzeption dieses Systems durch die sowjetischen Führer; 3. von der Dialektik sowjetischer Innen- und Außenpolitik; 4. vom Zusammenbruch des hierarchischen Verhältnisses zwischen der Hegemonialmacht UdSSR und ihren Satelliten.

Als Faktoren dieser Rahmenbedingungen wirkten: 1. die seit Ende der 70er Jahre nachweisbare Veränderung der Korrelation der Kräfte zugunsten der USA, des Nordatlantischen Vertragssystems und der EG; 2. der politische und wirtschaftliche Niedergang des parteimonopolistischen Sozialismus sowohl in der Sowjetunion und den ostmitteleuropäischen Staaten wie auch in der DDR; 3. die durch Lernprozesse ausgelöste, radikal veränderte Sicht wichtiger sowjetischer Politiker von der Rolle der beiden deutschen Staaten für Sicherheit und Wohlfahrt der UdSSR; 4. der von der liberalen Schule getragene und geprägte Versuch eines Teiles der Moskauer Entscheidungsträger, Realpolitik neu zu definieren und moralische Kategorien in Innen- und Außenpolitik zur Geltung zu bringen, einmal die antistalinistische Revolution, zum anderen das „neue Denken“; 5. die zunehmende Stärke wie auch die kontinuierliche Friedfertigkeit der zivilen Revolutionen in Osteuropa (außer Rumänien), darunter besonders in der DDR; und 6. die Erkenntnis, daß die SED-Herrschaft sich ab November/Dezember 1989 im „freien Fall“ befand.

Zu den seinerzeit durchaus instrumentalisierbaren Faktoren sowjetischer Deutschlandpolitik rechne ich folgende: 1. die anfänglich starke Bindung der UdSSR an die DDR und deren Einbindung in ein originäres Parteien-, Militär- und Wirtschaftsbandnis, dem Warschauer Vertrag und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe; 2. die militärische Truppenpräsenz von 340.000 sowjetischen Soldaten in der DDR; 3. die Fortgeltung der Vorbehaltsrechte, der Viermächterechte für Deutschland. Alle diese Instrumente standen der Sowjetunion zur Verfügung. Hinzu kam 4. die Adaptation des internationalen Systems an die deutsche Teilung. Die Bipolarität und die in ihr aufgehobene Zweistaatlichkeit Deutschlands wurde aus realpolitischen Motiven, außer in den USA, als Element des „langen Friedens“, um ein Wort von Gaddis zu benutzen, verstanden. Alle diese Instrumente hatten aber offenbar nur eine be-

grenzte Reichweite und wurden im Prozeß der Vereinigung für die sowjetischen Führer obsolet.

Als wesentliche Instrumente wurden im Verlauf des Jahres 1990 eingesetzt: 1. das sowjetische Zustimmungsrecht zu den äußeren Aspekten der Vereinigung, insbesondere vom Friedensvertrag zur einvernehmlichen friedensvertraglichen oder Friedensregelung; 2. die Forderung nach Rücksichtnahme auf die Schwäche der Perestrojka und ihrer Protagonisten. Doch dies geschah natürlich in der Zwei-plus-Vier-Verhandlungsetappe bzw. der finalen Phase sowjetischer Deutschlandpolitik.

Zwischen dem Sturz Honeckers, dem Fall der Mauer im November 1989 und der Ratifizierung der Deutschland betreffenden Verträge im April/Mai 1991 veränderte sich der Handlungsspielraum der Sowjetunion dramatisch. Die Optionen wurden angepaßt, teilweise verändert, überwiegend zurückgenommen: 1. Der Erhalt der Teilung Deutschlands im „gemeinsamen europäischen Haus“ durch Förderung einer DDR-Perestrojka nach dem Sturz Honeckers, Setzen auf eine längere Phase europäischer und deutscher sozialökonomischer Teilung bei Stimulierung der Aufhebung der Trennung im Haus Europa; 2. Stützung der Krenz-Führung und energische Warnung an die Adresse Bonns vor einer Destabilisierung der DDR, dann Anpassung an den Verfall der Prärogative in Berlin, zunehmendes Begreifen der Unfähigkeit der Honecker-Nachfolger; 3. Schüren der Besorgnisse in einigen westeuropäischen Staaten vor einer schnellen Vereinigung Deutschlands, in diesem Zusammenhang der gescheiterte Versuch, die Viermächterechte über Deutschland zu beleben, um den Prozeß der Vereinigung abzubremsen und den Zehn-Punkte-Plan Kohl/Teltschik zu konterkarieren; 4. nachdem dies versagte: Hinnahme der unvermeidlichen Destabilisierung in der DDR, späte Stützung von Konföderationsplänen; 5. nahezu unkonditionierte Zustimmung zur inneren Einheit Deutschlands im Februar 1990; 6. Versuch in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, eine längere, ca. fünfjährige Übergangsphase durch Entkoppelung von innerer und äußerer Vereinigung zu legen, die Obergrenze der deutschen Armee auf unter 300.000 Mann zu beschränken und Deutschland zu denuklearisieren; 7. der Versuch, die NATO-Erweiterung auf Ostdeutschland zu verhindern durch eine Vielzahl von Angeboten wie Neutralisierung Deutschlands, französischer Status Deutschlands in der NATO, Doppelmitgliedschaft in beiden Militärallianzen, längere Anwesenheit der alliierten Streitkräfte, Abzug ausländischer Truppen, und schließlich, kompromißfähig, eine Zone verminderter Sicherheit für Ostdeutschland. Und schließlich Akzeptanz des vereinigten Deutschlands in einer gewandelten NATO.

Dabei gab es zugegebenermaßen durchaus schwierige Haltepunkte, die ein Scheitern der äußeren Regelung nicht ausschlossen: a) die Festlegung des Politbüros der KPdSU vom 3. Mai 1990, die sich in den Vorschlägen von Schewardnadse in Bonn am 5. Mai 1990 niederschlug, insbesondere in dem Vorschlag der Entkoppelung von innerer und äußerer Vereinigung; b) das ausführliche, viele Punkte umfassende „Grundprinzipienpapier“ des nach Moskau